Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus

Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege

Band: 47 (1953)

Heft: 2-3

Artikel: Weltrundschau : Geld und Gott ; Fernost-Dilemma ; Europäisches Unbehagen ; Der störrische Orient ; Spaniens Glanz... ; ...und Elend ; Italienische "Demokratie" ; Die Not des Landvolkes ; Die "freien" Griechen

Autor: Kramer, Hugo

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-139778

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Für den Kommunisten, so bemerkt Domenach, ist es einfach ein Anstoß, «daß Juden dem sozialistischen Staat ein anderes gelobtes Land vorziehen und die Volksdemokratien verlassen, um nach Israel auszuwandern». Wohl habe der jüdische Messianismus zunächst den Kommunismus als revolutionäre Idee erfaßt und verbreitet. Aber nachdem die Revolution sich einmal in dieser Welt eingerichtet habe, habe sie sich bald an den Juden, diesen «ewigen Widerspenstigen», gestoßen, «von denen Jahre der Verweltlichung und des Marxismus das geheimnisvolle Zeichen des Geistigen nicht genommen haben». «Jedesmal, wenn eine Gesellschaft sich auf sich selbst, auf ihr gutes Gewissen, zurückgezogen hat und keine andere Wahrheit als die ihrige anerkennen wollte, hat sie die Juden als zu ihren ersten Feinden gehörig bezeichnet.»

Das ist, wie auch wir glauben, der eigentliche Kern des Konfliktes, der sich, wie zwischen dem prophetischen Christentum und dem Kommunismus, so auch zwischen dem seines Glaubens und seines Volkstums bewußten Judentum, ja weithin auch zwischen dem angepaßten, verweltlichten Judentum einerseits und der kommunistischen Diktatur anderseits abspielt. Es hat keinen Sinn, diesen Sachverhalt irgendwie zu verschleiern oder zu verkennen. Wie und ob überhaupt der Konflikt gelöst werden kann, das sei heute gar nicht gefragt. Wir müssen ihn zunächst einmal einfach sehen, ohne andere Voreingenommenheit als diejenige für die Wahrheit, die wir so genau zu erforschen suchen, als das unseren Mitteln und Möglichkeiten entspricht. *Hugo Kramer*

WELTRUNDSCHAU

Geld und Gott Der politische Himmel hat sich in der Berichtszeit — die ja diesmal fast zwei Monate umfaßt — sichtbar verdüstert. Ein Sturmzentrum droht sich vor allem in *Amerika* zu entwickeln. Oder gibt es irgendeinen ernsthaften Beobachter der Weltwetterlage, der die Bildung der *Regierung Eisenhower* und ihre ersten Äußerungen und Handlungen nicht mit Sorge betrachtet hätte? Man hat auch bei uns soviel über die Zusammensetzung des neuen amerikanischen Kabinetts, in dem «siebzehn Millionäre und ein Spengler» säßen, gewitzelt und gewerweiset, daß es kaum nötig scheint, darauf einläßlicher zurückzukommen. Die Tatsache, daß sozusagen alle maßgebenden Posten in der Regierung Eisenhower und auch verschiedene wichtige Außenposten — in der Diplomatie vor allem — mit ausgesprochenen Vertretern des großen Industrie- und Finanzkapitals besetzt sind, und daß so (wie «The Nation» schrieb) «die wirklichen Herren der amerikanischen Wirtschaft unbestritten und unverhüllt in die Washingtoner Macht-

stellungen eingerückt sind»; diese Tatsache springt ja so brutal in die Augen, daß man sie höchstens beschönigen, nicht aber leugnen oder auch nur übersehen kann.

Eine Seite des ganzen Vorgangs muß aber doch noch besonders beleuchtet werden: die unmittelbare Einflußnahme des Großkapitals auf die amerikanische *Kriegsrüstung* und *Wehrwirtschaft*. Die Oberleitung des Wehrmachtsministeriums hat, wie bekannt, Charles E. Wilson inne, der bisherige Generaldirektor der General Motors Corporation, dieser «größten Profiterzielungsanstalt der Geschichte» (wie man sie genannt hat), die zugleich die größte Kriegslieferantin der Vereinigten Staaten ist. Sein Stellvertreter ist Robert M. Kyes, bisher einer der Direktoren derselben General Motors. Das Armeeministerium hat als neuen Chef Herrn Stevens bekommen, bis dahin Leiter einer der größten Textilkonzerne der USA, das Marineministerium Herrn Anderson, den Generaldirektor einer ungeheuren Großplantage und Petrolunternehmung in Texas, das Luftfahrtministerium Herrn Talbot, den bisherigen Präsidenten der North American Aviation. Daß diese Großfürsten im Reiche Mammons ganz naiv die Geschäftsinteressen ihrer Unternehmungen und der «freien Wirtschaft» überhaupt mit dem Gemeinwohl gleichsetzen, weiß man längst; zum Überfluß hat Charles E. Wilson, als man ihm die Verquickung dieser beiden Belange vorhielt, noch den klassischen Spruch getan: «Was für General Motors gut ist, ist auch für Amerika gut.»

Anderseits wird es in Amerika immer mehr Brauch, an leitende Posten der Privatwirtschaft ehemalige hohe Militärs zu stellen, die ihre Verbindungen mit der Wehrmacht bei der Hereinholung von Staatsaufträgen spielen lassen oder doch sonst, dank ihrer früheren Tätigkeit, ihren neuen Herren nützlich sein können. Eine uns vorliegende Zusammenstellung solcher Geschäftsmilitärs weist unter anderen die Namen von General MacArthur, General Marshall, General Groves (dem früheren Leiter der Atombombenproduktion), General McNarney, Brehon B. Somervell, Levin H. Campbell auf. Der Bund von Großkapital und Militärführung, mit Exgeneral Eisenhower als oberstem Garanten, ist heute in den Vereinigten Staaten so eng und so offenkundig wie kaum in einem anderen Lande der Welt.

Auch in der *Zielsetzung* der Außenpolitik der USA muß sich das mehr und mehr geltend machen. Als eine der «bestimmten, unverrückbaren Ideen» der amerikanischen Außenpolitik hat ja Präsident Eisenhower in seiner Antrittsrede selbst verkündet: «Alle für die Regierung zulässigen Maßnahmen zur Anregung privater amerikanischer Kapitalanlagen im Ausland. Dies bedingt als erstes und deutliches Ziel unserer Außenpolitik die Ermutigung einer für solche Kapitalanlagen günstigen Atmosphäre in fremden Ländern.» Die amerikanische Geschäftswelt wird diese Ankündigung mit Befriedigung aufgenommen haben. Mehr für das große Publikum bestimmt ist die nun immer offener ausgegebene Losung: «Auf zum Kreuzzug wider die Ungläubigen im roten Osten!

Gott will es!» Wie «Le Monde» (4. Februar) schreibt: «Die Sprache, die heute Amerika gefällt, ist die Sprache des Missionars, des Gekreuzigten, der sich von Gott dazu berufen fühlt, den ganzen Planeten vom unmoralischen und gottlosen Kommunismus zu befreien.» Präsident Eisenhower hat sich nicht umsonst jetzt in aller Form taufen lassen, so wie er auch nicht ohne Absicht seine Kabinettsitzungen mit einem stillen Gebet eröffnet. Und wenn er in seiner Regierungsbotschaft, von dem Konflikt der «freien Welt» mit den kommunistischen Ländern redend, behauptet hat, daß «die Mächte Gottes und des Teufels sich bewaffnet gegenüberstehen», so glaubt ihm das unzweifelhaft die große Mehrheit des amerikanischen Volkes aufs Wort. Auch hier verschmelzen materielle Interessen und Kreuzzugideologie zu einer seltsamen Einheit; das gilt besonders auch für die Arbeiterschaft. John Cates erinnert im «New Statesman» (21. Februar) daran, daß schätzungsweise 15 Millionen Amerikaner heute ihre Arbeitsplätze den Kriegsrüstungen und Hilfsprogrammen für das Ausland verdanken: Und er fährt fort:

«Im Jahr 1932, so bemerkte Thomas Sancton, stand die große Mehrheit der Amerikaner ... politisch und geistig im Krieg mit der Hochfinanz und jeglicher Einrichtung, die, wie Wall Street, sie versinnbildlichte. Heute stehen diese selben Amerikaner, auch die Arbeiterorganisationen, in gleicher Art im Krieg mit dem russischen Kommunismus und sind einen Herzensbund mit den maßgebenden Finanzinteressen eingegangen, die für sie einstens der politische Feind waren.»

Geschäft als Kreuzzug — Kreuzzug als Geschäft, so unten wie oben.

Fernost-Dilemma Die Kreuzzugsstrategie erlaubt ihrem Wesen nach kein Paktieren mit dem Feind — nur dessen Vernichtung. So wäre die amerikanische Regierung eigentlich auch gezwungen, in *Korea* und in Ostasien überhaupt aufs Ganze zu gehen und mit den «Feinden Gottes» *um jeden Preis* Schluß zu machen, wie dies übrigens auch die Konsequenz der Mitternachtspredigt wäre, die Kardinal Spellmann von Neuyork letzte Weihnacht an der koreanischen Front gehalten hat: «Der Koreakrieg», so erklärte er da feierlich, «ist kein wirtschaftlicher und politischer Krieg, sondern ein Kreuzzug gegen die gottlosen Führer, deren Absicht ist, die Religion zu zerstören.» Und es schien denn auch zuerst, daß Präsident Eisenhower mit seinem Beschluß, die siebente amerikanische Flotte aus den Gewässern von Formosa zurückzuziehen, den Weg freimachen wollte, der Tschiang Kaisheks «nationale» Armee (600 000 Mann angeblich) aufs chinesische Festland führen solle. Diese Gebärde hat in den Vereinigten Staaten weitherum, bei Politikern wie bei Militärs, sofort begeisterten Anklang gefunden, so daß man bereits von einer bevorstehenden Blockade gegen die chinesischen Küsten und von großen Luftangriffen auf die Mandschurei sprach. Aber es wird auch in Amerika nichts so heiß gegessen, wie es gekocht wird. Der erschreckte Widerstand, den alle solchen Pläne bei den Verbündeten der USA und bei den asiatischen Völkern, vor allem

in Indien, fand, dürfte der Washingtoner Regierung bald gezeigt haben, daß sie sich mit einer förmlichen Bekriegung Chinas, die selbstverständlich auch eine Herausforderung der Sowjetunion darstellen würde, in ein Abenteuer einließe, das nur katastrophal ausgehen könnte und — nebenbei — auch zum Rückzug Amerikas aus Europa führen müßte. So haben sich sowohl Eisenhower wie Dulles beeilt, die erregten Gemüter wieder zu beruhigen mit der Versicherung, eine Ausweitung des Koreakrieges komme vorerst nicht in Frage, jedenfalls nicht ohne vorgängiges Einverständnis im Schoße der UNO; es müßten und würden andere Mittel gefunden werden, um die Koreakrise zu überwinden.

Aber was für Mittel? Will man nicht annehmen, daß der amerikanische Einsatz in Korea — etwa durch Anwendung neuer Waffen und Kampfmethoden — verstärkt oder die Heranziehung neuausgebildeter südkoreanischer Truppen beschleunigt werden soll, dann kann man nur *einen* gangbaren Ausweg aus der koreanischen Sackgasse sehen: die Schaffung eines haltbaren Friedenszustandes in Korea und in ganz Ostasien. Das haben ja die Nordkoreaner und Chinesen, und in ihrem Namen auch die Russen in der UNO, immer wieder vorgeschlagen, indem sie forderten, die Feindseligkeiten in Korea seien auf Grund der bereits erfolgten weitgehenden Einigung über die Waffenstillstandsbedingungen einzustellen und die Frage der Heimschaffung der Gefangenen — der letzte strittige Hauptpunkt — einer späteren Lösung im Rahmen allgemeiner Friedensverhandlungen zu überlassen. Darauf lief im Grund auch der vielerörterte indische Vermittlungsvorschlag hinaus, obwohl er — einer Unklarheit wegen — vom sowjetischen Delegationsführer in der UNO-Versammlung abgelehnt, von der amerikanischen Delegation aber zuletzt angenommen wurde — aus rein taktischen Gründen. Denn grundsätzlich stemmt sich ja die amerikanische Regierung mit Händen und Füßen gegen eine Regelung der Gefangenenfrage erst im Zusammenhang mit späteren Verhandlungen allgemeiner Natur; sie besteht darauf, daß diese rein politische Frage *jetzt*, bei der Vereinbarung der Waffenstillstandsbedingungen, die doch militärischer Art sind, entschieden werden müsse — und zwar in dem von ihr selbst gewünschten Sinn, also entgegen der nordkoreanisch-chinesischen Haltung [1]. Indem so die Amerikaner den Kommunisten zumuten, eine politische Niederlage einzustecken, bevor sie ihnen einen Waffenstillstand gewähren wollen, geben sie deutlich genug zu verstehen, daß ihnen an einer Beendigung des Koreakrieges unter den jetzigen Umständen gar nichts

[1] Eine englische Zeitschrift bemerkte unlängst: «Warum sind die Amerikaner in der Kriegsgefangenenfrage so hartnäckig? ... Wenn der heiße Krieg in großem Stil ausbräche und Rußland drein verwickelt würde, so bestünde eine Hauptwaffe (und zwar gewiß auf beiden Seiten! H. K.) darin, die feindlichen Soldaten zur Kapitulation und zur Desertion aufzufordern. Und bei einem Waffenstillstand dürfte man natürlich diejenigen nicht preisgeben, die kapituliert hätten, ohne daß diese Art Kriegführung unmöglich gemacht würde.» Ähnliches hat man auch in den UNO-Veröffentlichungen lesen können.

liegt. Begreiflich; denn ein Abschluß des koreanischen Krieges ohne Zerstörung des kommunistischen Regimes in Nordkorea hätte für die Vereinigten Staaten ja nur einen Sinn, wenn sie gewillt wären, ihre ganze Fernostpolitik umzustellen, das neue China anzuerkennen und auf die Wiederbewaffnung Japans als Vortrupps im Kampf gegen die soziale und nationale Revolution in Ost- und Südostasien zu verzichten. Und soweit ist man in Amerika eben noch lange nicht.

Wie soll dann aber Amerika aus seinem asiatischen Dilemma herauskommen? Den Koreakrieg nach China hin ausweiten — davor schreckt es zurück. Asien den Asiaten überlassen und sich mit der Freiheitsbewegung der «zurückgebliebenen» Völker abfinden — das will es auch nicht. Was also dann? Es ist schwer zu sagen. Und die Gefahr einer Kurzschlußhandlung in dieser verfahrenen Lage bleibt eben doch bestehen, auch wenn Eisenhower dem Drängen unbeschwerter Draufgänger zunächst noch Widerstand leistet. Er hat ja die Geister selbst gerufen, die er nun so gerne los sein möchte [2].

Europäisches Unbehagen Nicht mehr Glück als mit ihrem ostasiatischen Vorstoß hat die neue amerikanische Regierung mit ihrem ersten Versuch gehabt, die westeuropäischen Staaten zu einem *energischeren Tempo in der Aufrüstung* anzutreiben. Außenminister Dulles und sein Mitarbeiter Stassen sind auf ihrer Blitztour durch die westeuropäischen Hauptstädte frostig, wenn nicht mit verhaltener Gereiztheit empfangen worden, und ihre kaum mehr verhüllte Drohung, den Dollarstrom versiegen zu lassen, falls nicht bis Anfang April mit der Inkraftsetzung der Verträge über die «Europäische Verteidigungsgemeinschaft» ganz entschieden vorwärts gemacht werde, hat auch in den amerikafrömmsten Kreisen böses Blut erzeugt. «So redet man nicht mit Verbündeten; so trumpft man nur gegenüber Satelliten auf!» — das war so ziemlich überall die empörte Antwort. Überall — nur nicht um Herrn *Adenauer* herum, der so wenig wie seine Regierung ein Gefühl dafür zu haben scheint, was für eine entwürdigende Rolle den Westdeutschen im Gesamtrahmen der amerika-

[2] Das gilt auch von der ganzen dämonischen Militärmaschinerie, welche die Vereinigten Staaten aufgebaut haben. Der Abgeordnete Buffett aus Nebraska erinnerte am 22. Januar das Repräsentantenhaus daran, daß bisher noch immer hochgesteigerte Rüstungen den Krieg direkt herbeigezogen und dazu die Völker finanziell ruiniert hätten. «Unsere militärische Expansion, mit ihrem Ziel, die Welt außerhalb der russischen Grenzen zu beherrschen, wird fast sicher entweder mit wirtschaftlichem Zusammenbruch und Diktatur in Amerika enden oder aber mit einem Weltkrieg, der zum gleichen Ergebnis führen wird ... Kann ein vernünftig denkender Kopf, der auch nur ein wenig Kenntnis der Geschichte hat, annehmen, daß eine derartige Militärmaschine wesentlich abgebaut werden könne, ohne daß es vorher zum Blutvergießen kommt? ... Bereits äußern Staatsführer in Europa und andern Erdteilen die Meinung, Amerika treibe Rußland in einen Krieg hinein ... Diese Meinung wird sich nicht ändern, solange ein fieberhafter Militarismus bei uns weiterhin ungehemmt wüten darf.»

nischen Europapolitik zugedacht ist. Aber die Aussicht, mit amerikanischer Hilfe wieder zur ersten Militärmacht Westeuropas aufzusteigen und nicht allein Ostdeutschland, sondern auch die verlorenen Gebiete jenseits von Oder und Neiße zurückgewinnen, ja womöglich — Hitlers Plan in neuer Form! — ganz Osteuropa bis zum Ural vom Kommunismus zu befreien — diese Aussicht ist für die «erwachenden Deutschen» so verlockend, daß sie die vorübergehende Amerikahörigkeit dafür schon in Kauf zu nehmen bereit sind. «Die Geprellten sind zuletzt ja doch die Yankees», denkt man in Bonn und Umgebung. Und: Paris ist schon eine Messe wert!

Um so weniger beeilen sich die anderen Partner der Vereinigten Staaten, ihre Aufrüstung zu beschleunigen. Die *französischen* Ergänzungsvorschläge zu dem Abkommen über die Europaarmee, die eine größere Selbständigkeit Frankreichs in der Verfügung über seine Streitkräfte und eine stärkere militärische Festlegung Großbritanniens auf dem Festland vorsehen, zeigen deutlich an, wie stark die Widerstände im französischen Parlament gegen die Verträge von Bonn und Paris in ihrer bisherigen Form sind; Aussicht auf Annahme haben sie natürlich so wenig wie die Forderung, daß eine befriedigende Lösung der Saarfrage erreicht sein müsse, bevor die Ratifikation der Deutschlandverträge möglich sei. Aber auch sonst zeigen sich ausgesprochene Unlustgefühle, sobald es an die Verwirklichung des so hochgemut beschlossenen großen Aufrüstungsprogramms geht. *Holland* hat mit der Wiedergutmachung der fürchterlichen Hochwasserkatastrophe zu tun, die es betroffen hat und die, wie es jetzt heißt, hätte vermieden werden können, wenn die seit 15 Jahren nicht recht instandgesetzten Dämme endlich einmal gründlich erneuert worden wären, statt daß alle Mittel in die Kriegsrüstungen gesteckt wurden. In *Belgien* hat die Regierung alle Mühe, die Mißstimmung gegen Deutschland zu beschwichtigen und den Pariser Vertrag ratifizieren zu lassen. In *Dänemark* ist es gar zur offenen Meuterei gegen die Verlängerung des Militärdienstes gekommen, wobei natürlich wieder die Kommunisten als Bösewichter herhalten müssen. Und in allen westeuropäischen Ländern drücken die Militärlasten allmählich derart auf Wirtschaft und Staatsfinanzen, daß man nicht recht sieht, wie lange dieser Zustand überhaupt noch ausgehalten werden kann. Der bevorstehende Abschluß eines neuen *Balkanpaktes* — zwischen Jugoslawien, Griechenland und der Türkei —, der eine geschlossene Militärfront von der Adria bis zum Schwarzen Meer schaffen soll, ist fast der einzige Trost, der Amerika in dieser ganzen Lage noch bleibt.

Und wozu das alles? Wenn der Westblock aufrüstet, so natürlich auch der Sowjetblock. Das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Lagern verändert sich in absehbarer Zeit kaum sehr wesentlich, zum mindesten nicht zu Ungunsten des Ostens. Del Vayo bezweifelt darum (in der «Nation», 24. Januar) wohl mit Recht, daß der Westblock imstande sein werde, «Rußland die Bedingungen einer allgemeinen politischen Neu-

regelung zu diktieren». Denn eine solche Möglichkeit zu schaffen, das ist ja der ganze Zweck der forcierten Aufrüstung des Westens. Das wirkliche Ergebnis dieses Wettrüstens kann nur eine fortschreitende Verschlechterung des internationalen Klimas sein. «Wenn sich», so folgert Del Vayo, «das Kräfteverhältnis nicht entscheidend zugunsten des Westens verschieben wird, dann wird die zunehmende Verschärfung des Kalten Krieges nur die Möglichkeit eines Verhandlungsfriedens in fortschreitendem Maße verengern. Und wenn einmal diese Möglichkeit verscherzt ist, werden wir in nüchternem Ernst an die Apokalypse denken müssen.»

Der störrische Orient Während Westeuropa bereits zu altersschwach erscheint, um der ihm drohenden Gefahr, zur bloßen Kolonie Amerikas herabzusinken, noch ernsthaften Widerstand entgegenzusetzen, lassen die Völker des Vorderen Orients — oder des Mittleren Ostens, wie die Angelsachsen sagen — in ihrem leidenschaftlichen Willen, sich aus ihrem unwürdigen Kolonialzustand zu nationaler und sozialer Unabhängigkeit zu erheben, in keiner Weise nach. Ihre herrschenden Klassen sind zwar mindestens ebenso heftig antikommunistisch gestimmt wie diejenigen der Westblockländer, nicht zuletzt die gesellschaftliche Oberschicht *Ägyptens*, deren gegenwärtiger Geschäftsführer, General Naguib, nunmehr die offene Militärdiktatur ausgerufen hat, mit Außerkraftsetzung der Verfassung einmal für drei Jahre. Aber in der Verfechtung des neuägyptischen Nationalismus gibt er sich so kompromißlos wie nur je. Seine Verständigung mit England über den Sudan ist nur der Form nach ein Verzicht auf den Anschluß des Sudans an Ägypten; das sachlich Entscheidende ist, daß Großbritannien seine Stellung als «Schutzmacht» des Sudans räumt und den Sudanesen die Freiheit gibt, innert dreier Jahre ihre staatliche Zukunft selber zu bestimmen — wobei es kaum zweifelhaft sein kann, daß sich der Sudan auf irgendeine Art mit Ägypten zusammenschließt. Wahrscheinlich wird England bald auch die Suezkanalzone preisgeben müssen, die freilich lange nicht mehr die Bedeutung für die Sicherung der Verbindungslinien des Britischen Weltreiches hat, die sie früher besaß, und heute vor allem ein überaus leistungsfähiges Versorgungszentrum für die westmächtlichen Streitkräfte im Vorderen Orient darstellt. Trotzdem, und obschon sich Ägypten grundsätzlich der Militärorganisation der Westmächte in Nordafrika und Westasien einzugliedern bereit ist, macht die Regierung Naguib aus der sofortigen Räumung der Kanalzone durch England eine Bedingung für Ägyptens Beteiligung an einem mittelöstlichen Militärpakt. Und da sie hierin auf Verständnis bei den Vereinigten Staaten zählen kann, mit denen ein freundschaftliches Verhältnis zu gewinnen sie ihrerseits alles Interesse hat — Ägypten ist wirtschaftlich und finanziell miserabel dran und braucht dringend amerikanische Hilfe —, so wird sie ja wohl ihren Willen auch in diesem Punkt durch-

setzen. Wie aber wollen die Westmächte die arabischen Staaten mit *Israel* unter einen Hut bringen? Hier liegt so ziemlich das heikelste Problem für die Militärpolitik Englands und Amerikas im Mittleren Osten. Israel den Arabern opfern, wie das die britische Politik unter Bevin gewollt hatte — das geht heute nicht mehr; Israel ist als Militärmacht viel zu bedeutend geworden. *Für* Israel *gegen* die arabische Liga Partei zu nehmen, kommt aber erst recht nicht in Frage; Großbritannien und Amerika *brauchen* die Araber für ihre antisowjetische und antikommunistische Machtpolitik, obwohl oder gerade weil sie nur noch auf Jordanien und Irak als einigermaßen willfährige Satelliten bauen können.

Die Lage wird für die Westmächte dadurch noch verwickelter, daß auch die *Sowjetunion* die arabischen Staaten umwirbt. Der diplomatische Bruch Moskaus mit Israel ist zwar keineswegs in erster Linie von dem Wunsch eingegeben, in der arabischen Welt Sympathien zu gewinnen; er ist wesentlich eine Auswirkung der allgemein zionistenfeindlichen Haltung, auf die sich die Sowjetunion und der Ostblock überhaupt versteift hat (wir reden davon in einem anderen Aufsatz dieses Heftes) und ist durch den Bombenanschlag auf die sowjetische Gesandtschaft in Tel Aviv nur noch beschleunigt worden. Aber daß sich mit der kommunistischen Judenpolitik auch Spekulationen auf arabische Gefühle verbinden, scheint uns doch außer Zweifel zu stehen. Eine Versöhnung der arabischen Völker mit Israel stößt unter diesen Umständen jedenfalls auf besondere Schwierigkeiten. Sie wären nur zu beheben, wenn Amerika wie England ihre Aufgabe im Nahen Osten nicht mehr vom militärischen und machtpolitischen Standpunkt aus anfassen wollten, sondern von der wirtschaftlichen und sozialen Seite her, wenn sie also die Länder des Vorderen Orients materiell und kulturell aus ihrer Rückständigkeit und Verwahrlosung herauszureißen bereit wären, statt sich nur um deren Nutzbarmachung für ihre strategischen Pläne zu kümmern. Aber von einer solchen Umstellung ihrer ganzen Orientpolitik wollen eben die führenden Westmächte vorerst nichts wissen. *Jordanien* zum Beispiel, das wirtschaftlich und kulturell schauderhafte Zustände aufweist und dessen Bevölkerung zur Hälfte aus hungernden und obdachlosen arabischen Flüchtlingen aus Israel besteht, wird von Großbritannien mit zehn Millionen Pfund jährlich unterstützt, von denen neun Millionen an die Arabische Legion gehen. Und was *Irak* betrifft, so entwirft im «New Statesman» (31. Januar) Mohammed Hadid, der Vizepräsident der Nationaldemokratischen Partei von Irak, von dessen verrotteten, korrupten Zuständen ein derartig trostloses Bild, daß er selber zu dem Schluß kommt:

«Wenn es (Irak) der Anwendung gewöhnlicher Maßnahmen und dem üblichen Entwicklungstempo in einer kapitalistisch-feudalen Gesellschaft überlassen bleibt, dann kann es noch hundert Jahre gehen, bis Lebenshaltung und soziale Verhältnisse auf eine anständige Höhe gehoben werden ... Nur sozialistische Maßnahmen können eine politische Reform und die wirtschaftliche Entwicklung so beschleunigen, daß das Volk zufriedengestellt ist, das seine Rückständigkeit nur mit Ungeduld erträgt.»

Solche Eingriffe würden aber natürlich der Herrschaft der reaktionären Oberschicht Iraks ein Ende machen, die jede Opposition, jede fortschrittliche Bewegung gewaltsam niederhält — dieser Oberschicht, auf die sich gerade die britische Machtstellung in erster Linie stützt. Wer kann sich da noch wundern, daß gerade die am stärksten vorwärtsdrängenden Kräfte im Irak wie in den vorderasiatischen Ländern überhaupt den Glauben an die westliche Demokratie und deren Willen zu gründlichen Reformmaßnahmen allmählich verlieren?

Aus dieser Sachlage heraus ist auch der Mißerfolg der Sozialistischen Internationale an der *Konferenz von Rangun* (Burma) zu Anfang Januar zu erklären. Vergeblich wurden Clement Attlee, die jugoslawischen Parteiführer Dschilas und Bebler, Mose Sharett, der israelische Außenminister, und andere Größen des westmächtlichen Sozialismus aufgeboten, um den asiatischen Genossen klarzumachen, wie notwendig es sei, sich geistig wie organisatorisch dem Block der «freien Nationen» anzuschließen. Die Mehrheit der 14 Konferenzdelegationen lehnte den Beitritt zur Sozialistischen Internationale ab, mit der sie nur formlose Fühlung halten will. «Dieser Entscheid», so muß auch die «Neue Zürcher Zeitung» feststellen, «ist zweifellos eine schwere Schlappe für die Sozialistische Internationale und ihren Hauptsprecher in Rangun, Clement Attlee ... Der asiatische Sozialismus wird seine eigenen Wege gehen.» In der Tat: solange die arabischen Despotien die Gunst der Westmächte genießen; solange England in Malaya und Frankreich in Indochina Krieg führen; solange die Vereinigten Staaten das Regime Tschiang Kai-shek unterstützen und den japanischen Militarismus neu zu erwecken suchen — solange werden nicht einmal die asiatischen Sozialdemokraten in die gegenrevolutionäre Weltfront eingegliedert werden können. Von den hungernden, nach einem menschenwürdigen Leben verlangenden Massen der asiatischen Völker gar nicht zu reden.

Spaniens Glanz .... Gehen wir aber diesen Entwicklungen heute nicht weiter nach und wenden wir uns vielmehr, unserer Gewohnheit folgend, noch einem Einzelproblem zu, das immer wieder unsere Aufmerksamkeit erregt: der Lage der *südeuropäischen Völker*, besonders ihren sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen.

Beginnen wir mit *Spanien*. Francos Diktatur herrscht dort nun schon im fünfzehnten Jahr, anscheinend unerschüttert; ja von außen her noch kräftig gestützt. Die Vereinten Nationen haben längst der Wiederentsendung von Botschaftern der Westländer nach Madrid zugestimmt; die UNESCO hat Spanien demonstrativ in den Kreis der «Kulturvölker» aufgenommen; und solange die NATO (die nordatlantische Vertragsgemeinschaft) den Staat Francos nicht offiziell in ihrer Mitte haben will, arbeiten wenigstens die Vereinigten Staaten mit ihm zusammen, indem sie sich — gegen die übliche Wirtschafts- und Finanzhilfe, die sie dem

Bundesgenossen gewähren müssen — Spanien als große Militärbasis für die Auseinandersetzung mit dem Sowjetblock sichern. Welches ist aber die Lage des spanischen *Volkes*? Und inwieweit kann das Regime Franco auf Unterstützung von innen her zählen?

Die Kräfte, die hinter Franco stehen, sind bekannt. Es sind zunächst die alten und neuen *Autoritätsmächte*, an ihrer Spitze die römische Kirche, die übermäßig große Armee und eine starke Polizei — beide wohlgehalten und mit umfassenden Vorrechten ausgestattet —, die faschistische Falange mit ihren Unterorganisationen und nicht zuletzt eine schmarotzerhaft aufgeschossene Bürokratie, mit der auch die Armee- und Polizeiführung eng verfilzt ist. *Wie* groß diese Bürokratie ist und wie weit ins Land hinaus sich ihre Verzweigungen erstrecken, darüber kann man nur Vermutungen hegen; was aber sicher ist — so schreibt Basil Davidson in seinem «Bericht über Spanien» (herausgegeben von der britischen Union for Democratic Control), «das ist, daß sie riesenhaft und allesverzehrend ist, gewohnheitsmäßig korrupt, tüchtig nur in ihrem eigenen individuellen Interesse und allen Ideen verschlossen, die zu einer echten Wirtschaftsausweitung führen könnten. Die Hauptleistung dieser regierenden Oligarchie ist es gewesen, einen stets zunehmenden Teil des verfügbaren Reichtums in eine stets abnehmende Zahl von Händen zu leiten, und das hat, wie die Lohn-, Produktions- und Einkommensstatistik erweist, zur unfehlbaren Folge einen hohen Grad allgemeiner Verarmung.»

Neben diesen verschiedenen Gruppen einer mehr oder weniger festgegliederten Amtsoligarchie steht aber als eigentlich tragender Pfeiler der Franco-Diktatur die alte und neue *Besitzoligarchie*, die wirtschaftlich herrschende Oberklasse. Da ist einmal die klassische spanische Herrenschicht: die Großgrundbesitzer. Um Josué de Castro («Geographie des Hungers», Seite 201) zu zitieren:

> «Kein anderes europäisches Land hat den Großgrundbesitz in solchem Umfang erhalten wie Spanien, und dieser Zustand ist den biologischen und wirtschaftlichen Interessen der Volksmehrheit gerade entgegengesetzt. Bis zum Sturz der Monarchie im Jahr 1931 hatte Spanien ein typisch mittelalterliches Agrarsystem, wobei die besten anbaufähigen Böden von einer Handvoll Großgrundbesitzer monopolisiert wurden.»

Man schätzt tatsächlich, daß 50 000 Großgrundbesitzer, die kaum den fünfhundertsten Teil der Gesamtbevölkerung ausmachen, etwa 51 Prozent des spanischen Bodens in Händen haben und eine Schicht reicher Großbauern weitere 35 Prozent. Neben einer Million Kleinbauern gibt es 1 250 000 Zwergbäuerlein und über zwei Millionen besitzlose Landarbeiter.

Zur althergebrachten Landaristokratie gesellt sich die jüngere industrie- und finanzkapitalistische Geldaristokratie. Spaniens Industrie ist ausgesprochen monopolistisch. Der größte Hochofenkonzern, Altos Hornos de Vizcaya, produziert rund 70 Prozent allen Roheisens und vereinigt in sich 60 Prozent der Stahlwerkanlagen des Landes. Sechs Groß-

banken stehen hinter der mehr und mehr konzentrierten spanischen Industrie, eingeschlossen die Schiffahrtsunternehmungen und die Kraftwerkkonzerne, von denen sieben mehr als die Hälfte des elektrischen Stromes erzeugen. Aber auch das «freie Unternehmertum» blüht in Spanien wie kaum in einem anderen europäischen Land. R. Fromm berichtet (in «The Nation», 5. Januar 1952) von einem Spekulanten namens Vila, der mit Lebensmittellieferungen für die Armee und die Gefängnisse ein Vermögen machte. Eines Tages wanderte er wegen irgendwelchen Schiebungen selbst ins Gefängnis:

«Unverweilt ließ er das Telephon in seiner Zelle einrichten und betrieb sein Geschäft von dort aus. ‚Hallo, hallo, ich kaufe 10 000 Liter Olivenöl.' Jetzt ist er wieder frei und kommt gut davon. Der Reichtum ist aber nicht auf Madrid beschränkt. Auch die andalusischen Grundbesitzer und die katalanischen Textilfabrikanten machen ausgezeichnete Geschäfte. Vor ein paar Jahren heiratete ein Katalane in San Sebastian. Er ließ das Philharmonische Orchester von Barcelona im Flugzeug nach San Sebastian kommen, damit es bei der Hochzeit aufspiele, gewann einen Bischof, um die Messe zu zelebrieren und gab seinen Gästen ein zweitägiges Fest. Die Braut trug Juwelen im Werte von 400 000 Dollar ... Neulich nahm ein reicher Spanier, den ich kenne, eine Dame in ein Restaurant mit, das von Hitlers früherem Koch geführt wird. Als ich ihn am andern Tag fragte, wieviel das Essen gekostet habe, erwiderte er fröhlich: ‚Oh, ein halbes Monatseinkommen.' Das war kein Spaß. Sein Essen für zwei kostete ihn genau einen halben Monatslohn für sehr viele spanische Arbeiter.»

Die reiche Oberklasse Spaniens hat freilich auch ihre Sorgen. Wie Davidson in seinem Bericht schreibt:

«Gegenüber den Vorteilen, die ihnen aus einer hohen Profitrate, niedrigen Löhnen und niedrigen Steuern sowie aus der Sicherheit vor irgendwelcher Form von Sozialismus erwachsen, haben die Geldinteressen jetzt die höchst wirklichen Nachteile abzuwägen, die ihnen die erschreckende Unfähigkeit und gierige Einmischung einer düsteren und barbarischen Staatsmaschine bringt. Kein Zweifel, wonach die Geldinteressen im Grunde trachten, das ist ein vorteilhafteres Auskommen mit dieser Staatsmaschine und nicht eine neue Regierungsform. Aber es drängt sich jetzt eben die Frage auf, ob ein ‚vernünftiges' Auskommen sich überhaupt als möglich erweise ... Es ist kein Zweifel möglich, daß die Wirtschaftskrise, in welche die Diktatur das Land hineinmanövriert hat, den Bankiers ein gut Teil gedämpfter Sorge bereitet.»

... und Elend Diese Wirtschaftskrise ist, wenn auch schleichend, tatsächlich das ärgste Übel des zeitgenössischen Spaniens. Die Beherrschung des Hauptteiles der Industrie, der Schiffahrt und des Handels durch das spekulative Finanzkapital hat die spanische Wirtschaft in eine ganz einseitige Entwicklungsrichtung getrieben. Das Land schreit nach Traktoren — und die Fabriken stellen die ausgefallensten Automobilmodelle her. Der Schwerindustrie gebricht es an Kapital — und die Konsumindustrie hat Hochkonjunktur. Als die Regierung eine große moderne Stahlwerkanlage plante, weigerten sich die Stahlherren von Bilbao, auch nur eine Peseta zu zeichnen. Besonders kritisch ist die Lage der Landwirtschaft. Die Bevölkerung Spaniens nimmt jährlich um ein Prozent zu; der Landwirtschaftsertrag nimmt fortwährend ab. Nach der amtlichen Statistik selber stand der Jahresertrag der

spanischen Landwirtschaft in den Jahren 1940 bis 1949 fast ein Drittel unter demjenigen der dreißiger Jahre vor dem Bürgerkrieg. Es fehlt vor allem an Bewässerungsanlagen, Kunstdünger, Maschinen und Geräten sowie Zugtieren. Zwar ist (nach Davidson) der Anteil der Großgrundbesitzer und der Großbauern am Volkseinkommen heute höher als vor zehn Jahren. Um so elender ist aber die Lage des ländlichen Proletariates. Ich berufe mich nochmals auf Robert Fromm:

«Die kalifornischen Okies (die man aus Steinbecks «Früchten des Zornes» kennt, H. K.) sind Landaristokraten im Vergleich mit den hungernden Männern und Frauen, die ich auf den Landstraßen Andalusiens und der östlichen Provinzen gesehen habe, wie sie ihre Habseligkeiten auf dem Rücken und ihre kleinen Kinder auf den Armen trugen. Sie schleppen sich über hohe Bergpässe auf der Suche nach einer Arbeit, die ihnen eine Woche lang 30 bis 40 Cents (also etwa Fr. 1.30 bis Fr. 1.70) im Tag einbringt, um sie dann wieder auszuscheiden — bis zur nächsten Saison.»

Im ganzen genommen vollzieht sich seit der Aufrichtung der Diktatur eine fortschreitende Verarmung des spanischen Volkes, das schon vorher in seiner großen Masse zu den ärmsten Völkern Europas gehörte. Vor dem Bürgerkrieg wurden in Spanien rund 77 Kilo Weizen pro Jahr und Kopf erzeugt; heute ist es kaum noch die Hälfte. Der Staat hat in den letzten Jahren zwar große Mengen Getreide eingeführt, vor allem aus Argentinien, aber mehr als zwei Drittel der Weizenmenge von 1935 stehen dem Durchschnittsspanier dennoch kaum zur Verfügung. Kein Wunder, daß die Ernährungslage auch für spanische Verhältnisse mehr als bedenklich geworden ist. Schon in den letzten Jahren des Bürgerkrieges war sie alarmierend; de Castro erwähnt, daß damals Spanien von den gleichen Hungersnöten heimgesucht wurde wie das übrige Europa während des Ersten Weltkrieges; der Hungertod raffte kaum weniger Menschen weg als der Tod auf dem Schlachtfeld. Und heute dürfte die Lage nicht wesentlich besser sein. Die Mangelkrankheiten nehmen einen erschreckenden Umfang an; in Madrid wurden in einem einzigen Jahr etwa 30 000 Pellagrafälle festgestellt. (De Castro, Seite 203.) Davidson weist namentlich auf die Verbreitung der Tuberkulose und der Geschlechtskrankheiten hin, während die Kindersterblichkeit beträchtlich zurückgegangen sei. Anderseits wird in einem Bericht, den «España y la Paz», eine in Mexiko erscheinende spanische Emigrantenzeitung (zitiert im «New Statesman», 26. April 1952), veröffentlichte, eine Zunahme der Kinderkrankheiten infolge von Unterernährung behauptet. Die Zahl der Kinder, die an Aussatz, Kinderkrebs, Augenkrankheiten und Geistesgestörtheit litten, sei erschreckend. Nebenbei: Zweieinhalb Millionen spanische Kinder sind ohne Schulung, während 700 000 Kinder um Lohn (ungefähr 60 Rappen im Tag!) in der Landwirtschaft beschäftigt seien.

Was die Löhne der Industriearbeiter betrifft, so betragen sie — für gelernte wie für ungelernte Berufe — rund die Hälfte des Realwertes von 1936. Die Nominallöhne sind zwar zwei- bis dreimal so hoch wie

damals, aber die Lebenskosten sind gleichzeitig auf das Sechs- oder Siebenfache gestiegen. Manche Lebensmittel sind sogar zehnmal teurer als vor dem Bürgerkrieg; die Rationierung steht häufig nur auf dem Papier, so daß der Schwarze Markt mit seinen hohen Preisen eine normale Versorgungsquelle geworden ist. Doppel- und Dreifachverdienertum sind sozusagen die Regel; die nicht registrierte Arbeitslosigkeit und die Kurzarbeit sind gleichzeitig ungewöhnlich groß.

Besonders drückend muß die Wohnungsnot sein. Nach dem «Volksrecht» (22. Januar 1953) fehlen gegenwärtig etwa 800 000 Wohnungen. In den Arbeiterquartieren sei es

«an der Tagesordnung, daß fünf, sechs und sieben Personen jeden Alters und Geschlechts in einen einzigen Raum zusammengepfercht sind. Und doch müssen diejenigen, die eine wenn auch noch so dürftige Unterkunft in einem Hause gefunden haben, sich glücklich schätzen gegenüber den Tausenden und aber Tausenden, die in Baracken aus Holz, Blech und in Zelten aus Lumpen kampieren. Solcher *Elendshütten* gibt es allein im Umkreis von Barcelona, wie ‚El Pueblo' berichtet, an die zwölftausend. Rings um die spanische Hauptstadt haben sich die Ärmsten der Armen ihren Unterschlupf in die Erde gegraben. Der Reporter des großen Blattes ‚Madrid' schätzt die Zahl solcher *Wohnhöhlen* auf elftausend. Er schildert, wie eine Familie dieser modernen Troglodyten lebt. Sie mußte vor fünf Jahren aus dem Ruinenhaus eines Vorortes ausziehen, und seitdem hausen ihrer neun Personen, ein Ehepaar, sechs Kinder und die Großmutter, in dem Erdloch und schlafen auf dem nackten Boden und auf zwei armseligen Matratzen. Der Familienvater verdient als Maurer täglich fünfzehn Peseten, das sind nicht einmal anderthalb Schweizer Franken.»

Man darf es glauben, daß unter solchen Umständen das Regime Franco in den breiten Volksschichten nicht gerade beliebt ist — um es vorsichtig auszudrücken. An offene Auflehnung ist freilich, trotz den Streikbewegungen der letzten Jahre, vorerst nicht zu denken, zumal die amerikanische Wirtschaftshilfe der Diktatur eine neue Atempause verschafft. Aber daß im Ernstfall auf das spanische Volk so wenig Verlaß wäre wie auf das französische und italienische, das darf dennoch angenommen werden. Schon vor drei Jahren stellte C. L. Sulzberger, der wohlbekannte, maßvoll konservative amerikanische Journalist, in der «New York Times» fest, daß in Spanien «eine massive, wenn auch stille Opposition gegen das Regime» bestehe. Und er führte den Ausspruch eines hervorragenden aber ungenannten Spaniers an, der ihm gesagt habe: «Auch wenn die Mitglieder des Atlantikpaktes, mit den Vereinigten Staaten an der Spitze, Franco auffordern, an ihrer Seite zu kämpfen, so wird doch das spanische Volk seiner Führung nicht folgen.» Möge der Mann recht haben!

Italienische „Demokratie" Im Gegensatz zu Spanien ist das gegenwärtige *Italien* ein Demokratie. So lautet wenigstens die übliche Lesart. In Wirklichkeit ist es aber auch nach dem Sturz des Faschismus ein Land, in dem nicht das Volk regiert, sondern — in scheindemokratischen Formen — eine besitzende Oberschicht,

die ihre wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtstellung mit großer Zähigkeit und Rücksichtslosigkeit verteidigt. Denn gegen Kriegsende — das vergesse man nicht — schien auch Italien reif für eine neue, eine mehr oder minder sozialistische Ordnung, und nur dem energischen Eingreifen Amerikas und Englands in den Jahren 1944 und 1945 hatten es die bisher herrschenden Klassen zu verdanken, daß es nach der politischen nicht auch zu einer sozialen Revolution kam. Die Aufgabe war nunmehr, in demokratischem Gewande die Gegenrevolution zu organisieren und die alte «Ordnung» wiederherzustellen, ja zu festigen, insbesondere das Land dem «freien Unternehmertum» zu sichern. Das besorgte und besorgt vortrefflich das Regime der sogenannten Christlichen Demokratie, mit Herrn de Gasperi an der Spitze, das durch die Wahlen von 1949 eine scheinbar sichere parlamentarische Grundlage bekommen hat. Eine *scheinbar* sichere Grundlage, sagen wir; denn obschon der Bund der Besitzaristokratie mit der römischen Kirche, aufs kräftigste gestützt durch die amerikanische Wirtschaftshilfe, eine zuverlässige Mehrheit in Kammer und Senat zustandegebracht hatte, ist die Stellung der Kommunisten und Linkssozialisten im Volk in den vergangenen Jahren ziemlich unerschüttert geblieben, und bei den inzwischen vorgenommenen Gemeinde- und Provinzialwahlen sind von der Partei de Gasperis mindestens zweieinhalb Millionen Wähler und Wählerinnen zu den Neufaschisten und Monarchisten übergelaufen, so daß es mehr als fraglich geworden ist, ob beim Fortbestand des Verhältniswahlrechtes wieder eine haltbare parlamentarische Mehrheit für das bisherige Regime herauskäme, auch wenn sich die «Demo-Cristiani» noch so eng mit Sozialdemokraten, Republikanern und Liberalkonservativen zusammenschlössen.

Was tut man also, um diese Gefahr zu bannen? Man ändert einfach das Wahlsystem, wie das zum Beispiel auch Frankreich mit so viel Erfolg getan hat. Man bevorzugt künstlich diejenige Partei oder Parteiengruppierung, die mindestens 51 Prozent der Stimmen bekommen hat, teilt ihr mehr Sitze zu, als sie nach ihrer verhältnismäßigen Stärke erhalten dürfte, und sichert sich dergestalt eben doch die Mehrheit. Die Linke hat gegen dieses neue Wahlgesetz wochenlang und mit allen Mitteln parlamentarischer Taktik Obstruktion betrieben; der Erfolg ist aber natürlich zuletzt doch bei der Regierungsmehrheit geblieben, so daß die Kommunisten und Linkssozialisten sich bei den für dieses Jahr fälligen Neuwahlen mehr oder weniger an die Wand gedrückt sehen werden.

Man hat mit Recht gesagt, die Wahlreform de Gasperis sei nur unwesentlich besser als diejenige Mussolinis vom Jahre 1924, mit der sich der Duce ebenfalls eine gefügige «Volksvertretung» sicherte; gewiß ist, daß der Geschlagene bei diesem Kampf nicht der Kommunismus ist, sondern die parlamentarische Demokratie. Denn das sollte doch allmählich auch dem kurzsichtigsten Gegenrevolutionär klar sein: über den Kom-

munismus wird in Italien, wie überall, nicht politische und gesellschaftliche Unterdrückung der «Umsturzbewegung» triumphieren, sondern nur noch ein radikaler Umbau der ganzen Wirtschafts- und Staatsstruktur mit möglichst freiheitlichen Mitteln.

Aber eben — von einem Willen zu solchem Umbau ist bei den herrschenden Schichten Italiens kaum die Rede. Und doch ist vor allem die italienische *Volkswirtschaft*, wie sie heute dasteht, im höchsten Maß baufällig, ja teilweise schon im Zerbröckeln begriffen. Fast überall fehlt es an Anlage- und Betriebskapital; nur eine verhältnismäßig kleine Gruppe von monopolistisch zusammengeschlossenen Industrien weist einen guten bis glänzenden Geschäftsgang auf; die übrigen Produktionszweige liegen notleidend am Boden; die Ausfuhr ist im vergangenen Jahr um 15 Prozent gesunken; die Zahl der Ganzarbeitslosen fällt selten mehr unter zwei Millionen, während die Lebenskosten eher steigen und die Löhne an Kaufkraft verlieren. Um einen unverdächtigen Zeugen anzuführen, so stellt Giulio Pastore, der Generalsekretär des Verbandes der nichtkommunistischen Gewerkschaften (wir zitieren nach den «Internationalen Arbeitsmitteilungen», einer in Westdeutschland herausgegebenen amerikanischen Veröffentlichung), über die Lage in 23 norditalienischen Provinzen auf Ende 1952 folgendes fest:

In der Textilindustrie arbeiten 89,5 Prozent der Arbeiter verkürzt; 5,4 Prozent wurden «vorübergehend» entlassen. Bekleidungsindustrie: 64 Prozent arbeiten verkürzt, 7,3 Prozent sind entlassen. Maschinenindustrie: rund 50 Prozent Kurzarbeiter, 4,4 Prozent entlassen. Chemische Industrie: 62,2 Prozent Kurzarbeiter, 8,8 Prozent entlassen. Anderseits machte eine Reihe von Industriekonzernen im Jahr 1951 (für 1952 lagen noch keine Angaben vor) sehr gute Geschäfte. 13 der größeren Elektrizitätsgesellschaften verzeichneten einen Gewinnanstieg bis zu 18 Prozent. 8 der größeren Bergwerks- und Metallkonzerne hatten Gewinne von durchschnittlich 69 Prozent. Bei den Chemieriesen erreichte der Gewinnzuwachs sogar 98 Prozent. Alles nach Pastore.

Die Not des Landvolkes Besonders zerrüttet ist die italienische Landwirtschaft — als Folge der ungerechten und unsinnigen Besitzordnung. Rund 20 000 Großgrundbesitzern gehört mehr als ein Viertel des italienischen Bodens. Das Kleinbauerntum — typisch für Italien — umfaßt über vier Millionen Betriebe, von denen die Hälfte nicht einmal drei Jucharten groß ist. Mezzadri — Pächter mit Ertragsanteil der Besitzer — sind es 500 000 und besitzlose Landarbeiter etwa zwei Millionen. Der Ertrag der italienischen Landwirtschaft ist gering. Mengenmäßig steht er pro Kopf der Bevölkerung noch heute vier Prozent unter dem Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914. Der Wert des Ertrags der Landwirtschaft ist in den letzten 40 Jahren, bei gleichbleibenden Preisen, nur um vier Prozent gestiegen, während sich die Bevölkerung um 36 Prozent vermehrt hat. In der Provinz Florenz,

wo mehr als die Hälfte des Landes 660 Großbesitzern gehört, hat nur einer von drei Betrieben mit über 250 Jucharten einen einzigen Traktor. Die mit viel Geräusch umgebene Aufteilung von Großbesitzerboden ist über Anfänge nicht hinausgekommen und soll sich in einer Atmosphäre arger Günstlingswirtschaft abspielen. Im übrigen wissen die Herrschenden keinen anderen Rat für die arme Landbevölkerung als: Auswandern! Die Zehntausende von Italienern und Italienerinnen in der Schweiz haben ihn so gut als möglich befolgt.

Wie das italienische Landproletariat lebt — oder besser: vegetiert und hinserbelt —, darüber liegt viel Material aus zuverlässigen Quellen vor. Hier nur einige wenige Hinweise. Aylmer Vallance berichtet im «New Statesman» (15. und 22. November 1952) von den Mezzadri, daß das Durchschnittseinkommen einer Familie von vier Köpfen nicht viel mehr als 1440 Franken im Jahr in den Bergen und vielleicht 2400 bis 3000 Franken in den fruchtbareren Tälern und Ebenen beträgt. Der Bracciante (Taglöhner) verdient etwa Fr. 4.20 im Tag, schätzt sich aber glücklich, wenn er jeden zweiten Tag arbeiten kann und im Jahr mehr als 850 Franken heimbringt. Wie die Taglöhnerbevölkerung zuweilen existieren muß, das schildert der englische Journalist auf Grund eines Besuches im Podelta mit seinen 300 000 meistens besitzlosen Landarbeitern. «Wir sind hier», so schreibt er, «nicht im verelendeten Süditalien mit seinen Großgütern; wir sind hier nicht einmal hundert Meilen von dem Reichtum und der Modernität Bolognas entfernt — und doch herrscht hier ein Zustand von Armut und brutalem Schmutz, der westlich von Südserbien kaum seinesgleichen haben kann.» Wenn 75 Prozent der Braccianti arbeitslos sind, so ist das noch wenig; über den Winter sind es normalerweise 90 Prozent. «Darum die müßigen Mengen auf der Straße; darum, bei genauerem Hinsehen, die herabgezogenen Bakken, die zusammengepreßten Münder und die verdrießlichen Augen.»

«Weil sie nichts anderes zu tun haben», so fährt Vallance fort, «so zeugen die Bürger von Comacchio Kinder; zur Durchschnittsfamilie gehören, laut Gemeindestatistik, sechs Kinder. In der Mitte der Stadt beherbergen viele der verfallenen Backsteinhütten sechs bis sieben Personen, die ohne Unterschied von Alter oder Geschlecht in einem einzigen Raum schlafen ... Nicht einmal 30 Prozent der Kinder gehen in die Schule, und mehr als der vierte Teil der erwachsenen Bevölkerung kann weder lesen noch schreiben. Bei einem durchschnittlichen Familieneinkommen von knapp 850 Franken im Jahr ist Unterernährung an der Tagesordnung; desgleichen Tuberkulose und Trachom (eine Augenkrankheit, H. K.). Elektrizität ist nicht viel da; die sanitären Einrichtungen sind so primitiv, daß man sie nicht beschreiben kann. Wie sozusagen das ganze Delta, hat die Stadt kein Leitungswasser; das Trinkwasser muß in Karren auf eine Entfernung von über 30 Kilometern herangeschafft werden und wird zu einem Penny für den kleinen Eimer verkauft.»

Daß es im Süden womöglich noch trauriger aussieht, ist bekannt (wir haben darüber schon früher einmal berichtet). Was ein Mitarbeiter der «Neuen Zürcher Zeitung» im vergangenen Sommer schrieb (Nr. 1864), ist freilich nur eine schamhafte Verhüllung des wirklichen Tatbestandes. Ein großer Teil des Bodens, so stellt er immerhin fest, ist in den Händen von Grundbesitzern, die in den Städten leben und ihr Land nur als Kapitalanlage betrachten, aus der sie «eine möglichst hohe Rente herausschlagen wollen».

«Oft haben die ‚*contadini*', die Bauern, einen festen Zins zu bezahlen, oft einen Teil des Ertrages abzuliefern. Meist macht die Abgabe an den Grundbesitzer die Hälfte des Ertrages aus, sie kann aber auch bis zu zwei Dritteln steigen. In der Praxis versuchen natürlich die Bauern, dieses Verhältnis etwas zu ihren Gunsten zu korrigieren. Es ist klar, daß angesichts der wenig entwickelten Landwirtschaft und der Übervölkerung diese Pächter zum größten Teil in völliger Armut leben. In bedeutend schlimmerer Lage sind die Bauern, die *im Taglohn* arbeiten. In Andria, im Norden Apuliens, verdient ein gewöhnlicher Landarbeiter im Tage 650 bis 700 Lire (etwa Fr. 4.50), wenn er vom Grundherrn über die Gemeinde angestellt wird; wird er vom Grundherrn direkt angeworben, so erhält er oft 400 Lire, weiter im Süden sogar nur 300 und weniger im Tag. Davon muß er Wohnung und Essen für die Familie bestreiten. Der große Kinderreichtum der Familien und das Fehlen einer Industrie in Süditalien, die die überflüssigen Kräfte absorbieren könnte, schaffen einen großen Überfluß an Arbeitskräften, so daß viele Landarbeiter nur 100 bis 150 Tage, ja an manchen Orten nur 50 bis 60 Tage im Jahre arbeiten können.

Diese geringen Verdienstmöglichkeiten bringen unglaubliche soziale Verhältnisse mit sich. Die Bauern, die im Taglohn arbeiten, wohnen in einzelnen Gebieten in volksreichen Orten beieinander. Dort trifft man Quartiere, in welchen sogar der Kellerraum der niedrigen Häuser von zwei bis drei Familien gemeinsam bewohnt wird. Wasser und sanitäre Einrichtungen sind in diesen Häusern natürlich nicht zu finden. Das Essen besteht im Winter am Morgen aus Brot und etwas Gemüse, am Mittag aus Teigwaren und am Abend aus Brot und Wasser. Die schlecht ernährten Kinder sind gegen Krankheiten besonders anfällig. Auch für die unerhört genügsamen Süditaliener ist damit das Existenzminimum unterschritten, und das Wort ‚Hunger' hat dort eine äußerst reale Bedeutung.»

Natürlich leidet auch das *städtische* Proletariat Italiens großenteils unvorstellbare Not. Nur ein paar Tatsachen über Neapel, das «Unvergleichliche», das Vielbesungene («O sole mio» usw.). Arrigo Jacchia schreibt in der Ostberliner «Friedenswacht» (Oktober 1952) unter anderem:

«Fuorigrotta und Vacaria, das eine am Stadtrand, das andere im Zentrum Neapels gelegen, sind übervölkerte, hoffnungslose, dem Elend geweihte Stadtteile. Die Zahl der Arbeitslosen, die dort leben, erhöht sich unaufhaltsam. Die Straßen von Neapel sind voll von abgemagerten und kranken Kindern. Viele von ihnen leiden an Trachomen und sind damit der Gefahr der Erblindung ausgesetzt. In den Elendsvierteln leben die Kinder unter hygienischen Bedingungen, die man nur als katastrophal bezeichnen kann. Die Zahl der Kinder, die vor Vollendung des ersten Lebensjahres sterben, erreicht in Neapel und Umgebung achtzig pro Tausend. In Rom, Mailand, Turin und Genua beträgt diese Ziffer durchschnittlich vierzig pro Tausend. Die Zahl der Trachomkranken in den Krankenhäusern von Neapel und Umgebung beträgt gegenwärtig nach offiziellen Angaben 87 600, davon mindestens 20 000 Kinder.

Zwei weitere, nicht minder folgenschwere Übel bedrohen und belasten vor allem die Kinder, nämlich das Analphabetentum und die Jugendkriminalität. In Neapel

und Umgebung sind 40 000 Kinder vom Schulbesuch ausgeschlossen, weil wegen Raummangels nicht genügend Schulen bestehen. Ein Viertel der Schulkinder muß regelmäßig bei Beginn des Winters dem Unterricht fernbleiben, weil sie weder Schuhe noch Mäntel, noch überhaupt Kleidungsstücke besitzen, die ausreichenden Schutz vor der Kälte bieten. Und nun die Jugendkriminalität: ist es nicht furchtbar, daß allein in den Jahren 1945 bis 1947 mindestens 20 000 Kinder von den Jugendgerichten verurteilt worden sind? Das Leben auf der Straße, das Elend und der Hunger tragen an solchen Erscheinungen die Schuld.»

«O sole mio . . .»!

Die „freien" Griechen Aber es scheint, als gäbe es noch jammervollere Daseinsbedingungen für das gewöhnliche Volk als die geschilderten. Im Pariser «Témoignage Chrétien» (17. Oktober 1952) berichtet Jacques Chégaray von einer Griechenlandreise:

«Von allen Hauptstädten Europas ist Athen ohne allen Zweifel die elendeste. Ich kann mich von Rom, Madrid, London her an keine ebenso armen Quartiere erinnern. Von einer Million Einwohner, welche die Stadt umfaßt, sind — so kann man sagen — 900 000 unterernährt . . . Man findet in Athen sehr wenig Gemüse, da es in der Nähe der Stadt kaum Handelsgärtner gibt. Das Fleisch in den Metzgereien ist von äußerst mittelmäßiger Güte. Gutes Fleisch ist unerschwinglich (2000 französische Francs das Kilo). Fische sind, außer in den Luxusrestaurants, selten frisch. Zucker ist fast nicht aufzutreiben. Die Preise steigen fortwährend. Seit einem Jahr haben sie sich verdoppelt.

Die Mieten stehen auf unerreichbarer Höhe . . . Viele Haushaltungen siedeln lieber in ein Hotel über, was eine widersinnige Lage schafft.

Um dieses Elend der kleinen Lohnverdiener zu bekämpfen, hat die Regierung eine Sozialversicherung eingeführt, Renten für die alten Arbeiter, Fürsorgedienste für niedergekommene Frauen, die dem französischen System nachgebildet sind und ziemlich normal funktionieren . . . Aber die Mehrzahl der sozialen Reformen sind noch im Entwurfsstadium. Für die Jugend ist nichts getan worden, auch nichts beispielsweise für die Pflege des Sports. Die Kredite aus dem Marshallplan sind begrenzt und übrigens vor kurzem merklich herabgesetzt worden. Nach 18 Kriegs- und Besetzungsjahren sieht es so aus, als seien noch viele Jahre Anstrengung nötig, bis Griechenland wieder ein strahlendes Gesicht bekommt.»

Daß insbesondere die Wohnungsnot auch in anderen griechischen Städten schrecklich ist, bestätigt ein Reisebericht der «Berner Tagwacht» vom 17. Januar 1953. In Saloniki hause schätzungsweise die Hälfte der Einwohner im Elend.

«Die Mietzinse sind — entsprechend den Kapitalzinsen — so ungeheuer hoch, die Wohnungen so knapp, daß zum Beispiel ein jüngerer unverheirateter kaufmännischer Angestellter mit juristischem Abschluß mit einem zweiten Untermieter ein möbliertes Zimmer teilen muß, wobei ‚möbliert' auf nichts anderes hinweist als auf Betten, Stühle, einen Tisch und Zeitungspapier als Tischdecke und Wandschoner.

Auch Schweizerfamilien, deren Eltern oder Großeltern zur Zeit der ersten Modernisierung des Vorderen Orients als Maschinen-, Eisenbahn- und Industriefachleute bessere Zeiten gekannt hatten, teilen dieses Elend, obwohl sie, die die Schweiz noch nie gesehen und keine Beziehung zur Heimat und zur heimatlichen Sprache mehr haben, von der Eidgenossenschaft unterstützt werden. Ein 78jähriges Mütterlein, das von der Tochter gepflegt wird, bemüht sich, mit der Anfertigung von Stoffpüppchen

einen Teil an ihre Existenz beizutragen. Eine andere Schweizermutter fand ich mit ihrer 43jährigen tauben Tochter in einem kleinen, ständig düsteren Souterrainzimmer, das nie einen Sonnenstrahl bekommt und nur Petroleumbeleuchtung hat. Die beiden Frauen teilen das vorhandene Bett gemeinsam. Zu dessen Füßen kochen sie auf einem Kohlenbecken. In diesem Kämmerlein essen sie, waschen sie ihre Wäsche, verbringen sie ihr Leben und bewahren sie, sorgsam in ein Tüchlein gewickelt, den Schweizer Paß auf — in welchem sie, des Schreibens nicht mächtig, nicht einmal die Unterschrift anbringen können.

Die geschilderte Wohnungsnot ist, wenn man so sagen darf, noch eine Not besserer Klasse. Von der Armenkaserne — mit gemeinsamen wasserlosen Etagenküchen und 60 kinderreichen Familien, jede in einem einzigen Zimmer — geht es hinunter über die Stein- und Lehmhütte bis zum Kellerloch und zur Behausung aus Kanisterblech. Dazwischen Hühner, Schweine, Ziegen, den ganzen Altstadthügel hinauf.»

Nach einer Denkschrift der Amerikanischen Mission für die Griechenlandhilfe, die Basil Davidson in seinem Büchlein «Im modernen Griechenland» (wie sein Spanienbericht von der Union für Demokratische Kontrolle herausgegeben) anführt, entfallen zwei Drittel der Ausgaben städtischer Familien auf Nahrungsmittel. Man sollte also meinen, die Leute äßen ordentlich gut. Und doch heißt es in der Denkschrift von einer Familie, die «eine verhältnismäßig gute Lebenshaltung» aufweise:

«Diese Familie kocht einmal im Tag eine Hauptmahlzeit. Sie besteht gewöhnlich aus Makkaroni, Fisch, Hülsenfrüchten oder Gemüsen. Reis und Fleisch sind Luxusartikel. Seit zwei Monaten haben die Leute kein Fleisch gesehen. Das Morgenessen besteht gewöhnlich aus Tee oder Milch.»

Und Davidson fügt bitter bei:

«Zweifellos hungern diese Hunderttausende, vielleicht Millionen von Menschen nicht gern. Höchst wahrscheinlich beschweren sie sich auch darüber, daß sie in Säcken auf einem Zementboden schlafen müssen. Allein der klare Tatbestand ist — ein ungeheuerlicher Tatbestand, der eine furchtbare Verdammung dieses ganzen, durch unser und das amerikanische Eingreifen dem Land aufgezwungenen Systems darstellt —, daß diese Menschen keinerlei Möglichkeit haben, sich zu schützen. Wie die Dinge heute liegen, ist die Antwort auf ihre Beschwerden ein Besuch des Gendarmen, Verhaftung wegen ‚Verdachts umstürzlerischer Anschauungen' und amtliches Schweigen.»

Gewiß, es gibt eine wohlhabende, ja reiche Oberschicht und einen Mittelstand, dem es auch nicht schlecht geht. Was nach dem Krieg zuerst als UNRRA-Hilfe und dann auf Grund des Marshallplanes an Geld und Gütern nach Griechenland floß, das wanderte in erster Linie in die Taschen dieser Kreise. Der amerikanische Schriftsteller Howard K. Smith, langjähriger Mitarbeiter einer der großen Radiogesellschaften der Vereinigten Staaten, stellt in seinem Buch «Der Zustand Europas» trocken fest, die Verwaltung der UNRRA-Waren durch die griechische Regierung sei «nichts anderes als verbrecherisch» gewesen. «Während amerikanische UNRRA-Lebensmittel über den Schwarzhandel in die reichen Restaurants und Herrschaftshäuser wanderten, litten nach Schätzung der UNRRA 75 Prozent aller griechischen Kinder an Unterernährung.»

So bestand tatsächlich — um Davidsons Worte zu gebrauchen — die Hauptleistung des britisch-amerikanischen Eingreifens in Griechenland zur Rettung der griechischen Freiheit darin, daß «ein gehorsamer und vollkommen abhängiger Satellit in einer Machtstellung von strategischer Bedeutung erhalten wurde». Die Regierungen haben in Athen sozusagen von Jahr zu Jahr gewechselt. Geblieben ist die Herrschaft der großen Kaufleute und Reeder, der Bankiers und Spekulanten, der Fabrikanten und Grundbesitzer, denen sich jeweilen ein tüchtiger General «als starker Mann» zur Verfügung stellte, wenn es auf den normalen parlamentarischen Geleisen nicht mehr weiterging. Zurzeit ist es Marschall Papagos. Howard K. Smith urteilt kaum sehr falsch, wenn er meint: «Es gibt wenige neuere Parallelen zu einer Regierung, die so schlecht ist wie diese da . . . Die Nachkriegsregierungen Griechenlands haben die Arbeiter wie die Bauern in einem Maße vernachlässigt, daß es einer eigentlichen wirtschaftlichen Verfolgung gleichkommt.»

Das ist die griechische Demokratie, die jetzt durch einen Militärpakt mit der ebenso freiheitlichen Türkei und dem immerhin noch unter einer Diktatur stehenden Jugoslawien gegen die Gefahr einer Sowjetdiktatur verteidigt werden muß. Nein — die überfällige *soziale Revolution* ist es, die, wie in Spanien und Italien, so auch in Griechenland die Nutznießer der alten Ordnung fürchten und verhindern möchten. Aber darin haben sie freilich recht: wenn die Umwälzung nicht mit «westlichen» Methoden vollzogen wird, so wird sie es eben mit «östlichen». Kommen wird sie auf jeden Fall.

3. März *Hugo Kramer*

Nachschrift. Und nun ist also unversehens *Stalin gestorben,* und die ganze Welt beschäftigt sich mit der Frage, was wohl die Folgen dieses ohne Zweifel bedeutsamen zeitgeschichtlichen Ereignisses sein werden. Wir wollen uns nicht ebenfalls auf Spekulationen einlassen, möchten aber doch sagen, daß man sich hüten muß, Stalins Einfluß auf die Sowjetpolitik der letzten Jahre zu überschätzen. Gewiß, Stalin hat Geschichte gemacht; ohne sein Eingreifen, das oft genug von grausamer, alles menschliche Mitgefühl verachtender Härte war, wäre in Rußland selbst wie in der Welt vieles anders gekommen. Er war vor allem die treibende Kraft in der Ausrichtung der sowjetischen Innenpolitik auf die «Revolution in einem einzigen Land» und der sowjetischen Außenpolitik — als notwendige Konsequenz — auf die Sicherung des gewaltigen kommunistischen Experiments vor ausländischen Angriffen. Weltrevolutionäre Pläne und gewaltsame Ausdehnung des sowjetischen Machtbereiches lagen ihm fern; auch die feste Eingliederung der osteuropäischen Mittelstaaten in den Sowjetblock war durchaus defensiv gemeint und übrigens durch die während des Krieges getroffenen Vereinbarungen mit den

Westmächten autorisiert. Nachdem aber einmal dieser Kurs festgelegt war, konnte es für die Sowjetunion keine andere Linie mehr geben. Es ist darum auch höchst unwahrscheinlich, daß Malenkow, Beria, Molotow, Bulganin und Kaganowitsch — das Fünfgestirn, das Rußlands Geschick jetzt lenken soll — eine neue, auf militärische Abenteuer ausgehende Politik einleiten werden. Was Stalin durchgesetzt hat, entsprach elementaren Notwendigkeiten der Sowjetunion, die auch unter anderer Staatsführung weiterwirken werden. Höchstens daß das Ansehen der neuen Männer im Volk und in der herrschenden Schicht nicht mehr groß genug ist, um die fraglose Unterwerfung unter den allerhöchsten Willen zu sichern, die unter Stalin üblich gewesen war. Die Vergottung Stalins mag sich vor allem hier rächen. Aber es wäre grundverkehrt und könnte katastrophal enden, wenn die Westmächte, wenn vor allem die Vereinigten Staaten auf eine Schwächung des inneren Zusammenhalts der Sowjetvölker rechneten und ihre Politik darauf einstellten. Die Gefahr, daß dies geschieht, ist freilich um so größer, als die amerikanische Außenpolitik unter Eisenhower und Dulles ja schon vor Stalins Tod jene Wendung von der «Eindämmungspolitik», die Truman verkündet hatte, zur «Zurückwerfungs- und Befreiungspolitik» vorgenommen hat, von der nur Illusionisten annehmen können, daß sie ohne Krieg durchzuführen sei. Die neuen Gestalter der USA-Politik *wollen* nichts von Verständigung mit dem kommunistischen Block wissen; sie *wollen* nicht über die Abgrenzung der beidseitigen Einflußgebiete verhandeln, bevor die Sowjetunion vor Amerika kapituliert habe und bereit sei, sich auf ihre «natürlichen» Grenzen zurückzuziehen; sie *wollen* so lange aufrüsten, bis Moskau überzeugt sei, daß es nachgeben müsse, wenn es nicht unter ungünstigsten Verhältnissen den Atomkrieg riskieren wolle. Für uns steht es freilich fest, daß sich die Sowjetunion nicht auf diese Art erpressen läßt — aber in Washington glaubt man eben so felsenfest an die Werte der «amerikanischen Lebensform» und der kapitalistischen Kultur, daß man den Kommunismus russischer wie chinesischer Prägung nur als widernatürliche, vorübergehende Erscheinung betrachtet und eine Weltaktion zu seiner Zurückdrängung als völlig auf der Linie der geschichtlichen Entwicklung gelegen höchst zuversichtlich ins Auge faßt. *Hier* liegt die wirkliche Gefahr für die Welt — nicht in dem, was Stalins Nachfolger tun oder lassen mögen.

9. März *H. K.*